



Niederschrift 38. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

| | |
|------------------------|--|
| Sitzungstermin: | Donnerstag, 16.08.2012 |
| Sitzungsbeginn: | 16:30 Uhr |
| Sitzungsende: | 19:45 Uhr |
| Ort, Raum: | Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81 |

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Frau Dr. Sigrid Müller DIE LINKE Sitzungsleitung

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Stefan Wollenberg DIE LINKE ab 16:40 Uhr
Herr Thomas Bachmann SPD bis 19:10 Uhr
Herr Rüdiger Schmolke anerkannter freier
Träger
Herr Bodo Ströber anerkannter freier
Träger

beratende Mitglieder

Frau Hella Drohla DIE LINKE
Herr Jochen Reinke Evangelische Kirche
Herr Christoph Dähnrich Kath. Kirche
Frau Renate Michael Polizeibehörde
Herr Steffen Müller Stadtsportbund
Frau Ganna Razu Jüd. Gemeinde

Beigeordnete

Frau Elona Müller-Preinesberger Beigeordnete
Soziales, Jugend, Ges
undheit

Frau Jana Schulze DIE LINKE
Herr Hans-Wilhelm Dünn CDU von 16:40 bis 17:55 Uhr
Frau Frauke Frehse-Sevran anerkannter freier
Träger

| | | |
|---------------------------|---------------------------|--------------|
| Herr Dirk Harder | anerkannter freier Träger | ab 16:35 Uhr |
| Herr Marcel Kankarowitsch | anerkannter freier Träger | |
| Herr Thomas Liebe | anerkannter freier Träger | |
| Herr Frank Otto | Bündnis 90/Die Grünen | |

Nicht anwesend sind:

beratende Mitglieder

| | | |
|------------------------------|-------------------------------------|--------------------|
| Herr David Driese | Humanistischer Verband Deutschlands | nicht entschuldigt |
| Herr Ronald Sima | Kreiselternrat | entschuldigt |
| Frau Martina Trauth-Koschnik | Gleichstellungsbeauftragte | entschuldigt |
| Frau Karola Linke | Gesundheitsamt | entschuldigt |
| Herr Norbert Schweers | | entschuldigt |
| Herr Jens Gruschka | DIE LINKE | entschuldigt |
| Frau Birgit Morgenroth | SPD | entschuldigt |
| Herr Claus Wartenberg | SPD | entschuldigt |
| Herr Kevin Lücke | FDP | entschuldigt |
| Frau Jutta Busch | SPD | entschuldigt |
| Frau Heiderose Gerber | anerkannter freier Träger | entschuldigt |
| Herr Dr. Lutz Henrich | anerkannter freier Träger | nicht entschuldigt |

Schriftführer/in:

Frau Martina Spyra Dezernat III

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 31.05.2012 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

- 2 Informationen des Jugendamtes
- 3 Berichte der Unterausschüsse und Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung - Wiedervorlagen
- 4.1 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2013
Vorlage: 11/SVV/0907
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
neue Fassung vom 23.04.2012
- 4.2 Hilfen zur Erziehung in der Landeshauptstadt Potsdam - Entwicklung der stationären Fallzahlen 2006-2011
Vorlage: 12/SVV/0287
Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie
- Wiedervorlage -
- 4.3 Maßnahmen des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie für eine bedarfsgerechte Versorgung mit Kindertagesbetreuungsangeboten für das Kita-Jahr 2012/2013
Vorlage: 12/SVV/0410
Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie
- 5 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Dr. Sigrid Müller.

zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 31.05.2012 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Frau Dr. Müller stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 9 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Abstimmung zur Niederschrift vom 31.05.2012

Frau Schulze nimmt Bezug auf die als Anlage zur Niederschrift ausgereichte Auflistung über zusätzliche Sozialarbeit an Schulen im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes und fragt, ob die abgelehnten Projektträger sowie der Grund für die Ablehnung dem Jugendhilfeausschuss zur Kenntnis gegeben werden können.

Frau Dr. Müller schlägt vor, die Information den JHA-Mitgliedern entweder per e-Mail oder spätestens mit den Unterlagen zur Septembersitzung zuzusenden.

Frau Dr. Müller bittet um Abstimmung über die Niederschrift.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 0

Abstimmung zur Tagesordnung:

Zur Tagesordnung werden keine Änderungs- oder Ergänzungswünsche vorgebracht.

zu 2 Informationen des Jugendamtes

Fachbereichsleitung FB Kinder, Jugend und Familie

Frau Müller-Preinesberger informiert, dass die Stelle der Leitung des Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie u.a. in sehr vielen Fachzeitschriften (siehe Anlage) ausgeschrieben wurde. Die Ausschreibungsfrist läuft am 05.09.2012 aus. Analog dem Verfahren vor 10 Jahren wird vorgeschlagen, die Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses in das Auswahlverfahren einzubeziehen. Ergebnisse des Verfahrens werden dann dem Jugendhilfeausschuss präsentiert. Die Zeitschiene für das Verfahren wird abhängig von Bewerberlage sein.

Frau Dr. Müller teilt mit, dass Herr Schweers sie gebeten hat, den Jugendhilfeausschuss zu informieren, dass er die Jugendhilfeausschussmitglieder zu seiner offiziellen Verabschiedung am 31.08.2012 einlädt. Die schriftliche Einladung erfolgt noch.

Frau Müller-Preinesberger ergänzt, dass die LHP sich einvernehmlich von Herrn Schweers getrennt hat. Herr Schweers nimmt am 01.09.2012 seine Tätigkeit bei einem freien Träger auf. Um Konflikte auszuschließen, hat die Stadt entschieden, Herrn Schweers mit sofortiger Wirkung vom Dienst freizustellen.

Wechsel bei den beratenden Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses

Frau Dr. Müller informiert, dass Frau Ohlert als beratendes Mitglied für das Staatliche Schulamt ausgeschieden ist. Diese Aufgabe wird ab sofort durch Herrn Frank Lehmann übernommen, der bisher Stellvertreter für Frau Ohlert war. Herr Werner Lindner wird das Staatliche Schulamt als stellvertretendes beratendes Mitglied vertreten.

Ausschreibung Kita Bornstedter Feld

Frau Müller-Preinesberger informiert, dass für die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 27.09.2012 eine Beschlussvorlage zur Durchführung eines Interessenbekundungsverfahrens zum Betreiben der neugebauten Kindertagesstätte in der Peter-Huchel-Straße, Bornstedter Feld, 14469 Potsdam, vorgelegt wird. Es wird wieder eine Auswahlkommission gebildet, die die Bewerbungsunterlagen auf der Grundlage von Prüfkriterien bewertet. In der Auswahlkommission sollen u.a. auch zwei VertreterInnen des Jugendhilfeausschusses mitarbeiten.

Deshalb bittet sie die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses, sich bis zur nächsten Ausschusssitzung Gedanken zu machen, wer in der Auswahlkommission mitarbeiten möchte.

Frau Dr. Müller spricht sich für ein zügiges Verfahren aus, um dem Träger Gelegenheit zu geben, bei der Ausstattung der Einrichtung ausreichend Zeit zur Verfügung zu haben.

Sie macht deutlich, dass bei jedem Neubau von Schulen und Kindertagesstätten eine sog. Baukommission eingerichtet werden sollte.

Information zur Hortbetreuung Kita- Baumschule

Frau Stooß (FB Kinder, Jugend und Familie) informiert, dass am 13.08.2012 das Betriebserlaubnisverfahren durch das Landesjugendamt durchgeführt wurde. Am Schulstandort der Gerhard-Hauptmann- Schule wurden 30 Plätze befristet für die Hortbetreuung genehmigt. Sie weist darauf hin, dass am Standort Stormstraße noch 23 freie Plätze zur Verfügung stehen.

Frau Dr. Müller fragt mit Bezug auf den Elternbrief, der mit den Unterlagen an alle JHA-Mitglieder ausgereicht wurde, ob hier eine Lösung gefunden werden konnte.

Frau Stooß teilt mit, dass die Arbeitsgruppe zwischenzeitlich getagt hat. Es haben sich weitere Eltern für Hortbetreuung ihrer Kinder am Standort Stormstraße ausgesprochen.

Information zum Stand der Gespräche zum Umzug der Kitas in Drewitz während der

Sanierung

Frau Stooß informiert, dass am 14.08.2012 eine Beratung stattgefunden hat, in der visualisiert dargestellt wurde, wie sich die Umzüge sowie die einzelnen Bauabschnitte gestalten. An der Beratung haben Vertreter des FB Kinder, Jugend und Familie, des KIS, des Trägers sowie die Einrichtungsleiterin, Elternvertreter und Mitglieder des Jugendhilfeausschusses teilgenommen.

Die Innensanierung soll bis 2015 vollständig abgeschlossen sein.

Jugendhilfeplan (Zwischenstand, Fortschreibungsplanung)

Frau Ukrow (FB Kinder, Jugend und Familie) erinnert daran, dass im Jugendhilfeausschuss am 25.08.2011 die Umsetzungsschritte für die Evaluation vorgestellt wurden.

Im Rahmen der Befassung mit dem aktuellen Jugendhilfeplan wurde festgestellt, dass Bewährtes sowie Nichterfülltes weiter beibehalten bleiben sollte. Es werden aber auch neue Herausforderungen und die dazu notwendigen Ziel- und Maßnahmeformulierungen aufgenommen.

Im Herbst diesen Jahres werden dann die Regionalkonferenzen stattfinden, auf denen qualitative und quantitative neue Herausforderungen herausgearbeitet werden:

Regionalteam und Regional-AG 3 am 17.10.2012

Regionalteam und Regional-AG 2 am 24.10.2012

Regionalteam und Regional-AG 1 am 07.11.2012

Herr Harder fragt, in wie fern gewährleistet werden kann, dass die überregional tätigen Träger einbezogen werden.

Frau Ukrow bietet an, die überregional tätigen Träger sowie den Jugendhilfeausschuss einzubeziehen, wenn dies gewünscht ist.

Herr Harder bittet darum, dies verbindlich zu machen.

Frau Hübner verweist auf die Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII, in denen auch überregional tätige Träger arbeiten. Sie bittet zu vermeiden, dass man durch sehr viele Tagungen nicht mehr zur eigentlichen Arbeit kommt. Aus ihrer Sicht reichen die momentan tätigen Gremien aus.

Bericht zur Erarbeitung des wohnungspolitischen Konzeptes

Frau Dr. Müller erinnert an den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung 12/SVV/0017 „Jugend und Wohnen in Potsdam“.

Herr Böttche (Bereich Wohnen) informiert, dass an der Erstellung einer Agenda gearbeitet wird. Durch das Expertengremium „Potsdam22“ wurden 25 Interessengruppen angeschrieben und direkte Gesprächsangebote unterbreitet, um eine direkte Kommunikation zu erreichen.

Bisher haben sich der Stadtjugend, Wildwuchs Streetwork und das Stadtteilnetzwerk Potsdam West gemeldet, mit denen bereits konkrete Gesprächstermine vereinbart werden konnten.

Frau Dr. Müller schlägt vor, die Gelegenheit zu nutzen und dafür zu werben, dass möglichst viele junge Leute dort aktiv mitwirken. Sie regt an, die erstellte Liste an alle JHA-Mitglieder zu versenden.

Herr Otto fragt nach dem Ziel der Gespräche und welche konkreten Maßnahmen geplant sind, um die Wohnsituation für junge Menschen zu verbessern.

Frau Dr. Müller weist darauf hin, dass in allen Fraktionen vorgestellt wurde, mit welcher Zielstellung die Agenda auch zu diesen Fragen erstellt werden soll. Wenn Bedarf besteht, sollte dies in einer späteren JHA-Sitzung thematisiert werden, da eine ausführliche Diskussion dazu den Rahmen der heutigen Sitzung sprengen würde.

Herr Böttche erklärt, dass zunächst Vorstellung der Betroffenengruppen gesammelt werden sollen. Er bittet, dann für die Beratung Zeit einzuräumen, da es sich um ein sehr komplexes Thema handelt.

Herr Harder bittet darum, dem eingeladenen Kreis die Möglichkeit der Darstellung zu geben.

Herr Schmolke weist darauf hin, dass auch Chill out e.V. angeschrieben, aber nicht explizit aufgefordert wurde, einen Termin zu vereinbaren.

Herr Bachmann findet, dass aufgrund der Sommerpause der Zeitraum für die Rückmeldung zu gering bemessen war. Er plädiert dafür, dass der Kreis der angesprochenen Personen erweitert wird. Ihm ist bekannt, dass die JUSOS von sich aus auf „Potsdam22“ zugegangen sind.

Herr Böttche weist darauf hin, dass es keine abschließende Liste über diejenigen gibt, die anzuschreiben sind. Wenn eine interessierte Gruppe auf das Expertengremium „Potsdam22“ zukommt, wird selbstverständlich das Gespräch geführt. Es gibt auch die Möglichkeit, sich über potsdam22.de zu äußern, als auch andere Kontakte herzustellen.

Frau Dr. Müller bittet Herrn Böttche, die E-Mails an die Interessengruppen erneut zu versenden, da viele aufgrund der Sommerpause auch Ferien hatten.

Herr Ströber schlägt vor, dieses Thema auf die Tagesordnung einer späteren Sitzung zu setzen und zu informieren.

Information zu Stand Workshop Schulsozialarbeit

Frau Dr. Müller erinnert daran, dass bereits der Workshop „Jugendhilfe“ sowie der Workshop „Schule“ stattgefunden haben. Es wurde sehr viele Fachgespräche geführt. Der gemeinsame Workshop ist für den 27.09.2012 vorgesehen. Am 06.09.2012 wird es eine jugendhilfeinterne Verständigung geben, um die Ergebnisse des Workshops „Schule“ zu reflektieren sowie Herausforderungen und Aufgaben bei der Schnittstellengestaltung ableiten zu können.

Herr Riedt (Kobra.net) reicht eine schriftliche Zusammenfassung als Tischvorlage an alle JHA-Mitglieder aus und macht deutlich, dass in den Workshops sehr engagierte Diskussionen geführt wurden. Es wurde aber auch so etwas wie Misstrauen und eine gewisse Diskussionsmüdigkeit wahrgenommen. Im Workshop „Jugendhilfe“ hat zunächst eine Begriffsdefinition stattgefunden, da es unterschiedliche Gedanken und Definitionen gab. Er verweist auf die ausgereichte Tischvorlage und erläutert diese.

Herr Otto begrüßt die Begriffsklärung ausdrücklich.

Frau Frehse-Sevran teilt mit, dass die Regionale AG 2 heute getagt und das Verfahren heftig diskutiert hat. Aufgrund der Formulierung der Einladung zum 27.09.2012 gibt es den Eindruck, dass bereits alles festgelegt wurde, das Verfahren nicht mehr ergebnisoffen sei.

Frau Dr. Müller weist darauf hin, dass die Ergebnisoffenheit einer der Grundsätze ist, der noch immer gilt. Sie verliest den 3. Absatz der Einladung, die zu Irritationen geführt hat.

Sie schlägt vor, bei der „richtigen“ Einladung mit Tagesordnung nochmals deutlich zu machen, dass das Verfahren nach wie vor ergebnisoffen geführt wird.

Herr Liebe bittet, das bisherige Verfahren weiterzuführen und abzuwarten, welches Ergebnis der gemeinsame Workshop bringt.

Frau Dr. Müller bittet, die noch offenen Fragen am 06.09.2012 zu klären. Es muss eine Verabredung zum weiteren Vorgehen getroffen werden.

Frau Müller-Preinesberger betont, dass der Auftrag, zwei ergebnisoffene unabhängige Workshops durchzuführen, erfüllt wurde. Die Ergebnisse müssen nun in einem dritten Workshop zusammengeführt werden. Sie wirbt dafür, sich am 06.09.2012 fachlich einzubringen.

Herr Riedt weist darauf hin, dass zum 27.09.2012 eine ordentliche Einladung mit Tagesordnung erfolgt.

Frau Beyersdorff (Kreiselternrat) fragt, ob der Kreiselternrat automatisch zum Workshop eingeladen wird.

Herr Riedt bestätigt dies.

Familienpreis

Frau Dr. Müller informiert, dass das MASF signalisiert hat, dass das Verfahren für den Familienpreis um 4 Wochen bis zum 07.09.2012 verlängert wird.

zu 3 **Berichte der Unterausschüsse und Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII**

Regionale AG 2

Frau Frehse-Sevran informiert, dass sich die AG u.a. zur offenen Kinder- und Jugendarbeit im Bornstedter Feld verständigt hat. Nach Kenntnis der AG bewegt sich dort gerade nichts.

Sie fragt, was man tun kann, um Fortschritte zu erzielen.

Des Weiteren weist sie darauf hin, dass es für „Montelino“ keinen verlässlichen Standort gibt. Es gibt auch noch keine Informationen bezüglich des Standortes für einen Jugendklub.

Frau Müller-Preinesberger sagt zu, Frau Frehse-Sevran die Informationen per E-Mail zukommen zu lassen.

AKKJ

Frau Lunk informiert, dass der AKKJ bisher nicht wieder getagt hat.

AG Kita

Frau Stobbe macht darauf aufmerksam, dass es einen starken Aufwuchs an Hortkindern und entsprechendem Platzbedarf gibt. Somit stoßen die Horte an den Grundschule an ihre Grenzen, da es nicht immer eine Kooperation mit den Schulen gibt. Deshalb gibt es von mehreren Trägern die Bitte um Unterstützung durch die Verwaltung.

Frau Dr. Müller bittet, dies zu präzisieren und Kontakt zur Verwaltung aufzunehmen, um eine Lösung finden zu können.

Frau Stobbe erklärt, dass es sich hierbei expliziert um Horte an Schulstandorten handelt, bei denen Doppelnutzung von Schulräumen erforderlich ist.

Des Weiteren weist sie darauf hin, dass alle Kita-Träger ein Schreiben der Verwaltung zu den Regelungen der Eingewöhnung sowie zu Frühstück und Vesper erhalten haben. Mit dem angestrebten Verfahren gibt es Probleme. Dies wird mit der Verwaltung schon beraten. Dieses Verfahren ist nicht praktikabel und für die Träger somit nicht akzeptabel. Kleine Träger schaffen es finanzielle nicht, bei der Finanzierung der Eingewöhnung in Vorleistung zu gehen.

Ein weiteres Problem stellt die Hortbetreuung an den Modellschulen zur Inklusion dar. Hier ist eine große Lücke deutlich geworden, da der Förderbedarf ausschließlich für die Schulzeit gewährleistet ist. Dies macht den Horten zunehmend Probleme. Es wird darum gebeten, zu prüfen, ob hier eine Zwischenlösung gefunden werden kann.

Abschließend informiert sie, dass die Neuwahl für die AG Kita im September ansteht, da die Wahlperiode der AG zu Ende geht.

Herr Otto weist darauf hin, dass dann auch wieder ein Vertreter des Jugendhilfeausschusses in die AG gewählt werden muss. Er hat bisher den Jugendhilfeausschuss in der AG Kita vertreten und bekundet sein Interesse an der weiteren Arbeit in der AG.

Frau Müller-Preinesberger macht deutlich, dass das Problem der Hortbetreuung an den Modellschulen zur Inklusion bereits in Richtung Land ohne Erfolg kommuniziert wurde. Es muss gemeinsam nach einer Lösung gesucht werden.

Frau Stooß (FB Kinder, Jugend und Familie) ergänzt, dass benachteiligten Kindern konkrete finanzielle Unterstützung von Seiten der Jugendhilfe gegeben wurde. Jetzt kommen mehr Fälle hinzu. Der Einzelfall wird auch weiterhin unterstützt.

Regionale AG 3

Frau Hübner informiert, dass sich die Regionale AG 3 mehrfach zur Vorbereitung des Fachtages am 26.09.2012 zu Integration und Migration für Fachkräfte der Jugendhilfe getroffen hat.

AG Suchtprävention

Herr Schmolke informiert, dass sich die AG Suchtprävention mit der Fortschreibung des Suchtpräventionskonzeptes befasst hat.

AG Hilfen zur Erziehung

Herr Ströber teilt mit, dass die AG Hilfen zur Erziehung erst im September 2012 tagt.

Unterausschuss Jugendhilfeplanung

Herr Liebe informiert, dass sich der Unterausschuss u.a. mit der Überprüfung von Elternbeschwerden an den Jugendhilfeausschuss befasst hat. Der Unterausschuss hat dazu die Empfehlung ausgesprochen, ein Beschwerdemanagementverfahren zur Erstbehandlung von Beschwerden zu etablieren, bevor sich die Ausschüsse mit bestimmten Problemen befassen.

Des Weiteren hat sich der Unterausschuss über die Fortführung des Prozesses der Entwicklung der Kita-Qualitätsparameter verständigt und sich darauf geeinigt, die Vorsitzende/ den Vorsitzenden der AG Kita in den Unterausschuss Jugendhilfeplanung einzuladen.

Der Unterausschuss Jugendhilfeplanung empfiehlt dem Jugendhilfeausschuss, die Qualitätsparameter in die nächste Kita-Finanzierungsrichtlinie einfließen zu lassen.

Des Weiteren empfiehlt der Unterausschuss, ein Mediationsverfahren mit einem nicht befangenen Mediator zu organisieren. Ziel des Verfahrens sollte die Entwicklung eines gemeinsamen Verständnisses für die Ansprüche und Vereinbarungen der Richtlinie sowie die Findung eines Kompromisses sein.

Frau Dr. Müller schlägt vor, dass der Auszug aus dem Protokoll der AG Kita zur Beratung zur Verfügung gestellt wird.

Herr Otto teilt mit, dass dies bereits in die AG Kita getragen wurde. Die AG hat den Vorschlag begrüßt.

Frau Schulze fragt, wie viele Beschwerden im Unterausschuss aufgelaufen sind.

Frau Dr. Müller weist darauf hin, dass dies quantitativ nicht die Größenordnung ist. Oft handelt es sich nicht um Beschwerden, sondern eher um Informationen und Problemdarstellungen oder ähnliches. Sie hält es für wichtig, dass schnell Arbeitszusammenhänge hergestellt werden können. Die Arbeitsgruppe soll im Bedarfsfall beraten, um bisher im Jugendhilfeausschuss diskutierte Probleme in kleinerem Kreis vorzubesprechen und Lösungen bzw. Antworten auf kurzem Weg und möglichst zeitnah zu finden.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung - Wiedervorlagen

zu 4.1 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2013 Vorlage: 11/SVV/0907

Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
neue Fassung vom 23.04.2012

Frau Dr. Müller weist darauf hin, dass der vorliegende Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU/ANW, Bündnis 90/Die Grünen, FDP die ursprüngliche Drucksache ersetzt. Der Punkt 1 der Anlage 1 beinhaltet die Kita-Finanzierungsrichtlinie und die Elternbeitragsordnung für Kita und Tagespflege. Der Punkt 7 fällt ebenfalls in die Zuständigkeit des Jugendhilfeausschusses, obwohl es einen größeren Teil an Pflichtaufgaben gibt. Auch der Punkt 14 fällt in die Zuständigkeit des Jugendhilfeausschusses.

Frau Müller-Preinesberger macht deutlich, dass strategische Ziele formuliert werden. Eine Überarbeitung der Elternbeitragsordnung ist von Seiten der Verwaltung nicht angedacht.

Im Geschäftsbereich Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz ist der Anteil der freiwilligen Aufgaben sehr gering. Die Schulsozialarbeit ist z.B. eine der freiwilligen Aufgaben. Ziel ist es, einen ausgeglichenen Haushalt zu haben, um über Kredite dringend notwendige Investitionen tätigen zu können.

Frau Dr. Müller bittet um Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU/ANW, Bündnis 90/Die Grünen, FDP.

Änderungsantrag:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt bis zur Stadtverordnetenversammlung im Oktober 2012 einen Eckwertebeschluss für die Planung der Haushaltsjahre 2013 / 2014 vorzulegen. Dazu sind die Planwerte der mittelfristigen Ergebnisplanung fortzuschreiben.
2. Ziel der Ergebnis- und Finanzplanung für die Haushaltsjahre 2013 / 2014 ist:

- die Erreichung des Haushaltsausgleichs in 2015,
 - die Erwirtschaftung eines Überschusses ab 2016.
3. Der in der mittelfristigen Ergebnisplanung für das Haushaltsjahr 2013 ausgewiesene Fehlbedarf soll nicht überschritten werden.
 4. Zur Erreichung des Haushaltsausgleiches im Jahr 2015 sollen die in der Anlage vorgelegten Maßnahmen geprüft und der Stadtverordnetenversammlung in einem Bericht bis Oktober 2013 vorgelegt werden. Werden mit den in der Anlage vorgelegten Maßnahmen der Haushaltsausgleich 2015 nicht erreicht, so wird die Verwaltung beauftragt, weitere Maßnahmen zu entwickeln und der Stadtverordnetenversammlung mit dem Bericht zur Entscheidung vorzulegen.
 5. Die Umstellung auf die strategische Haushaltsaufstellung erfolgt mit dem Haushaltsentwurf 2015.
 6. Die Erarbeitung von strategischen Zielen für die Stadt erfolgt auf der Grundlage der in den letzten Jahren beschlossenen Konzepte. Diese werden zu einer Gesamtstrategie unter Auflösung von Zielkonflikten und Überprüfbarkeit der finanziellen Realisierungsmöglichkeiten zusammengeführt. Die Ziele werden mit den Bürgerinnen und Bürgern als Grundlage für die zukünftige strategische Haushaltsführung in einem prozessbegleitenden Verfahren entwickelt. Die Ziele werden vor Beginn der Eckwerteberatung für den Haushalt 2015 durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen.
 7. Für die Haushaltsplanung werden folgende Termine festgelegt:

| SVV-Termin | Maßnahme |
|----------------|---|
| Juni 2012 | Grundsatzbeschluss und Vorlage Jahresabschluss 2009 |
| Oktober 2012 | Vorlage des Eckwertebeschlusses und des Prüfberichtes über Maßnahmen zur Erreichung des Haushaltsausgleiches im Jahr 2015 |
| Dezember 2012 | Vorlage eines Berichtes über den Vorläufigen Ist-Stand für den Jahresabschluss 2010 im Finanzausschuss |
| Januar 2013 | Einbringung des Entwurfes der Satzung für den Doppelhaushalt 2013 /2014 |
| März 2013 | Vorlage des geprüften Jahresabschlusses 2010 und Beschluss des Doppelhaushaltes 2013/2014 |
| Juli (HA) 2013 | Vorlage der korrigierten Eröffnungsbilanz und der fehlenden Jahresabschlüsse |

Abstimmungsergebnis:
 Zustimmung: 5

Ablehnung: 4
Stimmhaltung: 2
Dem Antrag wird somit zugestimmt.

Anschließend bittet Frau Dr. Müller um Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion Potsdamer Demokraten.

Änderungsantrag:

Die Ziff. 1, dritter Aufzählungspunkt, erhält folgende Fassung:

Die beigefügten Budgetvorgaben für den OB und die Geschäftsbereiche (Anlage 2) werden auf dem Stand des Jahres 2012 eingefroren.

Hiervon ausgenommen sind lediglich die auf Grund der Tarifverhandlungen des öffentlichen Dienstes vorgesehenen Steigerungen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 0
Ablehnung: 11

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

8. Der Oberbürgermeister wird beauftragt bis zur Stadtverordnetenversammlung im Oktober 2012 einen Eckwertebeschluss für die Planung der Haushaltsjahre 2013 / 2014 vorzulegen. Dazu sind die die Planwerte der mittelfristigen Ergebnisplanung fortzuschreiben.
9. Ziel der Ergebnis- und Finanzplanung für die Haushaltsjahre 2013 / 2014 ist:
 - die Erreichung des Haushaltsausgleichs in 2015,
 - die Erwirtschaftung eines Überschusses ab 2016.
10. Der in der mittelfristigen Ergebnisplanung für das Haushaltsjahr 2013 ausgewiesene Fehlbedarf soll nicht überschritten werden.
11. Zur Erreichung des Haushaltsausgleiches im Jahr 2015 sollen die in der Anlage vorgelegten Maßnahmen geprüft und der Stadtverordnetenversammlung in einem Bericht bis Oktober 2013 vorgelegt werden. Werden mit den in der Anlage vorgelegten Maßnahmen der Haushaltsausgleich 2015 nicht erreicht, so wird die Verwaltung beauftragt, weitere Maßnahmen zu entwickeln und der Stadtverordnetenversammlung mit dem Bericht zur Entscheidung vorzulegen.
12. Die Umstellung auf die strategische Haushaltsaufstellung erfolgt mit dem Haushaltsentwurf 2015.
13. Die Erarbeitung von strategischen Zielen für die Stadt erfolgt auf der Grundlage der in den letzten Jahren beschlossenen Konzepte. Diese werden zu einer Gesamtstrategie unter Auflösung von Zielkonflikten und Überprüfbarkeit der finanziellen Realisierungsmöglichkeiten zusammengeführt. Die Ziele werden mit den Bürgerinnen und Bürgern als Grundlage für die zukünftige strategische Haushaltsführung in einem prozessbegleitenden Verfahren entwickelt. Die Ziele werden vor Beginn der Eckwerteberatung für den Haushalt 2015 durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen.

14. Für die Haushaltsplanung werden folgende Termine festgelegt:

| SVV-Termin | Maßnahme |
|----------------|---|
| Juni 2012 | Grundsatzbeschluss und Vorlage Jahresabschluss 2009 |
| Oktober 2012 | Vorlage des Eckwertebeschlusses und des Prüfberichtes über Maßnahmen zur Erreichung des Haushaltsausgleiches im Jahr 2015 |
| Dezember 2012 | Vorlage eines Berichtes über den Vorläufigen Ist-Stand für den Jahresabschluss 2010 im Finanzausschuss |
| Januar 2013 | Einbringung des Entwurfes der Satzung für den Doppelhaushalt 2013 /2014 |
| März 2013 | Vorlage des geprüften Jahresabschlusses 2010 und Beschluss des Doppelhaushaltes 2013/2014 |
| Juli (HA) 2013 | Vorlage der korrigierten Eröffnungsbilanz und der fehlenden Jahresabschlüsse |

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5

Ablehnung: 4

Stimmenthaltung: 2

Dem Antrag wird somit zugestimmt.

zu 4.2 Hilfen zur Erziehung in der Landeshauptstadt Potsdam - Entwicklung der stationären Fallzahlen 2006-2011

Vorlage: 12/SVV/0287

Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie

- Wiedervorlage -

Frau Müller-Preinesberger bringt die Mitteilungsvorlage ein und erläutert diese. Sie weist darauf hin, dass im gesamten Bundesgebiet die Fälle im Bereich der Hilfen zur Erziehung exorbitant gestiegen sind. Für Potsdam gibt es einen gegenläufigen Trend.

Herr Liebe macht deutlich, dass unbedingt in Richtung Kämmerer kommuniziert werden muss, wenn durch Aufstockung des Personals derartige Erfolge erzielt wurden.

Frau Müller-Preinseberger hat dies bereits getan.

Herr Otto fragt, ob es Vergleichszahlen gibt, wie viele Fälle ein Sozialarbeiter zu betreuen hat.

Frau Müller-Preinsberger weist darauf hin, dass dies aufgrund der unterschiedlichen Organisationsformen in den einzelnen Städten sehr unterschiedlich ist. Sie nimmt dies auf und prüft, ob es derartige Vergleichszahlen gibt.

Frau Köhler (FB Kinder, Jugend und Familie) macht darauf aufmerksam, dass dann genau geprüft werden muss, ob es sich um HzE-Fälle handelt. Sozialarbeiter haben noch weitere Fälle zu bearbeiten.

Herr Ströber weist darauf hin, dass Potsdam auch eine Entwicklung der Bevölkerungszahlen hat.

Frau Müller-Preinsberger betont, dass die Fallzahlen pro Hundert Einwohner gleich bleiben bis zurückgehen sollten. Klar ist, dass wenn die Zahl der stationären Hilfen reduziert werden soll, mehr ambulante Hilfen erforderlich sind.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 4.3 Maßnahmen des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie für eine bedarfsgerechte Versorgung mit Kindertagesbetreuungsangeboten für das Kita-Jahr 2012/2013

Vorlage: 12/SVV/0410

Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie

Frau Dr. Müller informiert, dass der Finanzausschuss der vorliegenden Drucksache bereits zugestimmt hat. Sie weist auf die aktualisierte Anlage zur Drucksache, die allen JHA-Mitgliedern mit einem entsprechenden Anschreiben Verfügung gestellt wurde.

Frau Ukrow (FB Kinder, Jugend und Familie) erläutert anhand einer Powerpoint-Präsentation die Grundlage der Bevölkerungsprognose und informiert, dass zukünftige Planungen in 18 Planungsräumen erfolgen sollen, da die Sozialräume relativ groß sind. Anschließend erklärt sie das Verfahren zur Ermittlung des Platzbedarfs und gibt einen Ausblick auf die zukünftigen Bedarfe an Kita-Plätzen bis 2016/2017.

Frau Schulze verweist auf die Neubauplanungen und fragt, bis wann auf Investoren zugegangen werden muss.

Frau Schulze verweist auf die Planung von zusätzlichen Plätzen durch Ausbau/Ausbau durch das SPI in der Galileistraße 6 (Sozialraum V).

Frau Ukrow erklärt, dass es sich hierbei um Doppelnutzung am Schulstandort handelt.

Herr Otto hält es für wünschenswert, eine gewisse Überkapazität an Kita-Plätzen zu haben.

Herr Liebe weist darauf hin, dass der Landkreis Havelland lediglich die Kosten der Kita-Betreuung für wenige Stunden übernimmt. Dadurch entsteht eine

Differenz. Er bittet dies zu beachten.

Herr Otto bittet um Informationen zur Tagespflege.

Frau Müller-Preinesberger weist darauf hin, dass hier 270 Plätze zur Verfügung stehen. Auch die Tagespflege soll weiter ausgebaut werden.

Herr Liebe hat Informationen, dass Eltern, deren Kinder derzeit in Tagespflege betreut werden, von Kindertagesstätten angeschrieben werden und ihnen mitgeteilt wird, dass freie Plätze vorhanden sind, die schnellstmöglich zu besetzen sind. Dieser relativ schnelle Wechsel kann zu finanziellen Problemen bei Tagesmüttern führen, da diese selbständig tätig sind.

Frau Dr. Müller bittet um Abstimmung über die Beschlussvorlage in der aktualisierten Fassung.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der StVV den Antrag in der aktualisierten Fassung wie folgt zu beschließen:

Maßnahmen des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie für eine bedarfsgerechte Versorgung mit Kindertagesbetreuungsangeboten für das Kita-Jahr 2012/2013 sowie Ausblick auf Folgejahre:

1.

Bereitstellung von insgesamt **14.593 Plätzen** (Jahresdurchschnitt) in Potsdam gemäß §§ 1,12 Kita- Gesetz bei 48 freien Trägern für das Kita- Jahr 2012/13. Enthalten sind 65 Plätze außerhalb der Bedarfsplanung. Die Verteilung der Plätze erfolgt gemäß der Anlagen 1 bis 6 auf 114 Kindertagesstätten, 7 Andere Kinderbetreuungsangebote (AKi) , 4 pädagogisch begleitete Spielgruppen, einer Eltern-Kind-Gruppe sowie Tagespflege. Die in den Anlagen ausgewiesene Belegungsplanung entspricht den gegenwärtig vorhandenen Kapazitäten laut Betriebserlaubnis. Kita-Einrichtungen, Tagespflege und andere Betreuungsformen werden z.T. innerhalb des Kita- Jahres ausgebaut.

2.

Belegung von **364 Plätzen in anderen Gemeinden und Berlin** durch Potsdamer Kinder.

3.

Finanzierung der Neuaufnahmen von Kindern aus anderen Gemeinden im Planungszeitraum nur dann, wenn eine entsprechende Zustimmung des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie der Landeshauptstadt Potsdam eingeholt wurde und der Kostenausgleich mit der abgebenden Gemeinde gem. § 16 Abs. 5 KitaG sichergestellt werden kann.

4.

Ausbau vorhandener Einrichtungen sowie Errichtung neuer Platzkapazitäten zur bedarfsgerechten Versorgung mit Kindertagesbetreuungsplätzen (§ 12 KitaG) gemäß demografischer Entwicklung und neuer Rechtslage ab 2013 (§ 24 SGB VIII) in Zusammenarbeit mit freien Trägern.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 10
Ablehnung: 0

zu 5 Sonstiges